Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 15.12.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Reform der Lehrerausbildung für Grundschule und Sekundarstufe 1

Die Lehrerausbildung muss den veränderten Schulstrukturen angepasst werden. Darin sind wir uns wohl alle einig. Sogar die Landesregierung hat dies erkannt und schildert in ihrem Bericht umfassend, dass die bisherigen lehramtsbezogenen Studiengänge nicht mehr mit den Schularten korrespondieren. Als erstes muss daher ein Studiengang für die Ausbildung der Lehrkräfte für Gemeinschafts- und Regionalschulen eingerichtet werden. Und als nächstes muss der Studiengang für das Lehramt Grundschulen reformiert werden. Die Grundschulen existieren zwar in ihrer altbekannten Form weiterhin, stehen aber vor neuen Herausforderungen. Es ist daher dringend notwendig, dass die kommenden Lehrkräfte auf diese Herausforderungen vorbereitet werden.

Mit der Anpassung der Lehramtsstudiengänge an die Schularten wird es auch Veränderungen bei Studiendauer und Studienabschluss geben. Die bisherigen Studiengänge an der Uni Flensburg für die Grund- und Hauptschulen sowie die Realschulen bestehen aus drei Jahren Bachelor-Studium und einem Jahr Master-Studium. Da ein Master-Abschluss aber 300 Credit-Points beinhalten muss, ist dieser verkürzte Studiengang nur noch bis zum Wintersemester 2013/14 zulässig. Hier muss also dringend etwas passieren. Im Sommer konnten wir der Presse entnehmen, dass Bildungsminister Klug diese Veränderung gerne nutzen möchte, um zurück zum Staatsexamen zu kehren und damit als Land mehr Einfluss auf die Lehramtsausbildung zu nehmen. Aus seiner Sicht hätten die Lehramtsstudiengänge von Kommissionen extrem schlechte Bewertungen

bekommen, so dass das Land bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Studiengangs mitreden muss. Dem widerspricht das Wissenschaftsministerium und weist darauf hin, dass diese Rolle rückwärts die Weiterentwicklung der Studiengänge behindern und auch bei den Hochschulen selbst Protest auslösen würde.

Aus Sicht des SSW kann man dem Wissenschaftsministerium zu dieser realistischen Einschätzung der Situation nur gratulieren. Die Idee, zurück zum Staatsexamen zu kehren, obwohl die Hochschulen gerade in mühsamer Arbeit alles umgewandelt haben, ist so aberwitzig, dass wir es zuerst gar nicht glauben wollten. Hinzu kommt, dass sich die Uni Flensburg mit ihrer neuen Präsidentin inhaltlich auf einen guten Weg befindet. Das wurde auch von Staatssekretärin Frau Dr. Andreßen anerkannt, als sie bei dem Jahresempfang der Uni das Grußwort der Landesregierung sprach.

Bisher hat die Landesregierung laut Bericht noch nicht entschieden, ob sie den Master verlängert oder zurück zum Staatsexamen geht. Für den SSW möchte ich noch einmal ganz klar sagen, dass ein Zurück zum Staatsexamen gar nicht geht. Die Bologna-Reform mit ihren Zielsetzungen der einheitlichen Studiengänge, einheitlichen Bewertungsrahmen und der Anerkennung von Leistungen in ganz Europa macht schlichtweg keinen Sinn, wenn wir ständig Ausnahmen schaffen. Davon mal ganz abgesehen, haben die Universitäten einen großen Kraftakt betrieben, um die Studiengänge umzuwandeln. Es würde die Arbeit an den Hochschulen, den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig entwerten, wenn die Landesregierung jetzt beschließt, alles wieder zurück zu drehen. Heute hü, morgen hott - so können Hochschulen natürlich keine gute Arbeit leisten.

Die Verlängerung des Masters wird cirka 1,8 Millionen Euro kosten. Dieses Geld hat die Landesregierung mit ihrem Master „light“ bisher gespart. Dabei gibt es keinen vernünftigen Grund, warum die Lehrkräfte an Grund-, Gemeinschafts- und Regionalschulen weniger Ausbildung bräuchten, als Lehrkräfte an Gymnasien. Aus einer rein pädagogischen Sicht heraus hätte einem also schon viel früher auffallen müssen, dass das Murks ist. Dies gilt im Übrigen auch für die Debatte um die Gehälter. Natürlich wird die Forderung erhoben, dass alle Lehrkräfte gleiches Gehalt bekommen, wenn die Ausbildung gleichlang ist. Für den SSW möchte ich noch einmal klarstellen, dass es hier um gut ausgebildete Lehrkräfte für unsere Kinder geht. Es geht nicht darum, wie wir an der Bildung sparen können, um den Haushalt zu sanieren.